

SOZIALISTISCHE ARBEITERZEITUNG

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Neuer Raubzug droht!

Negersteuer verlängert — Unterstützungssätze weiter abgebaut — Lebensmittelzölle erhöht! — Was hat Brüning darüber den ADGB-Führern mitgeteilt?

Die bürgerliche Abendpresse meldet, daß der Reichskanzler Brüning die Vertreter der Gewerkschaften und Spitzenverbände aller Richtungen, also auch die Führer des ADGB, in Gegenwart mehrerer Minister empfangen hat und streng vertraulich über die geplanten Maßnahmen der neuen Notverordnungen unterrichtet.

Gleichzeitig werden über diese geplanten Maßnahmen Einzelheiten bekannt, die zu allergrößter Abwehrbereitschaft der Arbeiter herausfordern.

Das Brüning-Kabinet, das jetzt ständig seine Beratungen mit dem Führer der Generalskamarilla Schleicher und dem deutschnationalen „Exploitationskommissar“ Goerdeler abhält, plant „gewisse Vereinfachungen in der Erwerbslosenfürsorge“, aber die grundsätzliche Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung. Dieser Text erinnert an die „grundsätzliche Aufrechterhaltung“ der Tarifverträge! Es entspricht ganz der politischen Taktik Stegerwalds und Brünings, die einschneidendsten Verschlechterungen unter dem Schein grundsätzlicher Beibehaltung der bisherigen Reste der sozialpolitischen Einrichtungen vorzunehmen!

Während mitgeteilt wird, daß unter dem Druck der Großkapitalisten neue Kapitalsteuern „zu Lasten der Produktion“ abgelehnt werden, wird gleichzeitig eingestanden, daß die Negersteuer verlängert und erweitert werden soll! Die halbamtliche Verlautbarung nennt das „systematische Einpassung der Notsteuern!“...

Gleichzeitig wird von einer „Vereinfachung der Unterstützung“ geredet, einer „Anpassung der Unterstützungssätze in Versicherung und Krisenfürsorge an diejenigen der Wohlfahrtsunterstützung“. Das heißt auf gut Deutsch, daß ein neuer katastrophaler Abbau der Versicherungsbeträge und der Krisenfürsorge bevorsteht!

Die ursprünglich geplante allgemeine Bedürftigkeitsprüfung sei „zunächst“ (!) fallen gelassen!

Die „Erwerbslosenfürsorge werde, sagt das „Berliner Tageblatt“, da ein organisatorischer Umbau jetzt zuviel Beunruhigung in das System hineinbringen würde, im wesentlichen in den bisherigen Formen weitergeführt werden. Die Reform ist vertagt und die Gewerkschaften sind mit dieser Lösung auch ganz einverstanden.“

Damit wird zynisch eingestanden, daß unter dem Schein der Beibehaltung der bisherigen schon unerträglich niedrigen Erwerbslosenversicherung ein weiterer Abbau ungefähr auf die Höhe der Krisenfürsorge und ein Abbau der Krisenfürsorge auf die bisherige Höhe der Wohlfahrtsunterstützung, und der Abbau der Wohlfahrtsunterstützung auf einen neuen skandalösen Bettelbetrag beabsichtigt ist, und aus Angst vor der

Empörung der Arbeiter das Ganze als „grundsätzliche Beibehaltung und Vereinfachung des bisherigen Systems“ in der kommenden Notverordnung präsentiert werden wird!

Gleichzeitig hat Herr Schiele, der nur dem Nazitumult im Reichstag zu verdanken hat, daß er noch im Ministerium ist, in Münster eine Rede gehalten, in der er eine

neue Erhöhung der Lebensmittelzölle ankündigt! Im „Hinblick auf den Zusammenbruch des internationalen Buttermarktes müsse die Abhängigkeit oder wenigstens starke Distanzierung des deutschen Buttermarktes vom Weltbuttermarkt, sowie auf dem Getreidegebiete erstrebt werden“. Mit diesen Kernsätzen hat der Reichsunterernährungsminister angekündigt, daß das Brüning-Kabinet für die kurze Frist, die ihm von den Faschisten noch gegeben ist, auch in seiner Zoll- und Preispolitik gedenkt, die kata-

strophalen Massenbelastungen weiter zu steigern, die es über die Werktätigen in Deutschland schon verhängt hat.

Wir fordern die Gewerkschaftsmitglieder auf, die ADGB-Führer dazu zu zwingen, die erhaltenen genauen Informationen des bevorstehenden neuen Notverordnungs-Diktats der Arbeiterklasse mitzuteilen.

Wir fordern alle Arbeiterorganisationen auf, den Kampf gemeinsam gegen die drohenden neuen Belastungen schon jetzt einzuleiten.

Wir fordern insbesondere die Kommunistische Partei auf, durch konkrete Vorschläge in dem nötigen gemeinsamen Abwehrkampf den sozialdemokratischen Arbeitern zu ermöglichen, daß sie ihre Führer und Organisationen zwingen, den verhängnisvollen selbstmörderischen Kurs ihrer Führung, die drauf und dran ist, Brüning weiter zu tolerieren, zu durchkreuzen!

Direktorium in Oesterreich?

TU. Wien, 18. Mai 1932.

Nachdem die Bemühungen Dr. Dollfuß' auf Bildung einer Konzentrationsregierung aller bürgerlichen Parteien gescheitert sind, hat der Bundespräsident Dr. Dollfuß jetzt erneut mit der Regierungsbildung beauftragt. Der Auftrag lautet jetzt auf Bildung eines überparteilichen Ministeriums. Dr. Dollfuß glaubt, binnen kurzem eine vollständige Ministerliste fertig zu haben. Die Ministerliste dürfte sich voraussichtlich nur zum Teil aus Parlamentariern zusammensetzen.

Ein überparteiliches Kabinet? Die Bezeichnung klingt harmlos, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bestrebungen ganz offensichtlich auf die Errichtung eines Direktoriums hinauslaufen. Auch in Oesterreich weiß das Bürgertum keinen anderen Ausweg mehr, als indem es sich in die Arme

starker Männer flüchtet und die Hindernisse der Verfassung, d. h. praktisch alle Rücksichten auf die Arbeiterbewegung beiseite schiebt. Da in Oesterreich die Revolution wenigstens mit den Generälen aufgeräumt hat, so muß die Bourgeoisie diese Männer aus den Reihen der Zivilisten holen. Der Effekt ist aber derselbe. Nur, wenn die österreichische Arbeiterschaft diesen ersten, ganz offenkundigen Anfängen einer Faschisierung wehrt, wird sie imstande sein, das ihr von der Bourgeoisie zugedachte Schicksal abzuwenden.

Es war der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Otto Bauer, der mehr als einmal erklärt hat, die Sozialdemokratie Oesterreichs werde in dem Augenblick den Boden der Demokratie verlassen, wo das Bürgertum diesen preisgebe. Es duldet keinen Zweifel, daß dies der letzte Sinn der jetzt Dr. Dollfuß übertragenen Mission ist.

Terrorurteil gegen antifaschistische Arbeiter

Im Prozeß gegen die Schöneberger Jungkommunisten, die beschuldigt werden, vor 2½ Jahren (!) einen Faschisten getötet zu haben, wurde ein unerhörtes Zuchthausurteil gefällt. Es erhielten:

Winkler 7 Jahre Zuchthaus wegen Totschlags, Kornberger und Krausch je 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Wilke 9 Monate wegen einfachen Landfriedensbruchs, Adels 6 Monate und Keßler 9 Monate Gefängnis.

Es handelt sich hier um eine politische Schlägerei, die sich vor 2½ Jahren in Schöne-

berg ereignete und bei der ein Faschist ums Leben kam. Erst nach mehr als zwei Jahren will es der Kriminalpolizei gelungen sein, die wirklichen Täter zu fassen. Auf Grund sehr zweifelhafter Angaben besonders des Kriminalassistenten Steinbach fällt das Gericht das ungeheuerliche Terrorurteil.

Das Urteil ist, selbst wenn der unzweifelhafte Schuldbeweis erbracht wäre, ein Skandal und eine Provokation der ganzen Arbeiterklasse. Die Mordfaschisten, denen, wie in Riesa, bei dem Landarbeitermord in Schlesien und unzähligen andern Fällen, ihre bestialischen, mit Vorbedacht durchgeführte Mörder-tätigkeit einwandfrei nachgewiesen werden konnte, werden mit geringen Gefängnisstrafen bedacht. Arbeiter dagegen erhalten auf Grund zweifelhafter Indizienbeweise 7 Jahre Zuchthaus. In der Tat, bei der „republikanischen“ Justiz ist das Dritte Reich schon da.

Zur Entscheidung in Preußen

Je näher der 24. Mai heranrückt, desto angelegentlicher wird die Frage diskutiert, wie werden sich bei der Abstimmung über die Geschäftsordnung im Landtag die Kommunisten verhalten, deren Schlüsselposition den Ausschlag dafür gibt, ob der vom vergangenen Landtag angenommene Geschäftsordnungsbeschuß aufgehoben wird oder bestehen bleibt, jener Beschluß, wonach nur Wahl des Ministerpräsidenten von jetzt ab die absolute Mehrheit erforderlich sei.

Bleibt der Antrag bestehen, so ist die parlamentarische Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten unter den gegebenen Kräfteverhältnissen unmöglich.

Es ist so, wie die „Pravda“ am 26. April schrieb: „Eine Regierung die sich in Preußen auf eine Parlamentsmehrheit stützen könnte, ist unmöglich. In der klaren Erkenntnis einer solchen Situation hat die vorhergehende Parlamentsmehrheit mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum an der Spitze eine neue Geschäftsordnung des Landtags eingeführt, nach der zur Bildung einer neuen Regierung eine absolute Mehrheit der Stimmen des ganzen Landtags nötig ist. Keine bürgerliche Gruppe besitzt diese Mehrheit, die nötig wäre, um diese Beschlußfassung zu annullieren.“

Wenn die Kommunisten allerdings für den Antrag, den Geschäftsordnungsbeschuß wieder aufzuheben, stimmten, der von den Nationalsozialisten eingebracht werden wird, oder auch nur der Stimme sich enthielten, dann erst wäre eine solche Mehrheit gegeben. Ein nationalsozialistischer Kandidat könnte dann mit einfacher Mehrheit zum Ministerpräsidenten gewählt werden, er würde jedenfalls die Führung eines geschäftsführenden Kabinetts innehaben.

Deshalb könnte die Stellung der Kommunistischen Partei wieder nur die sein: Diese Chance der Nazis, eine parlamentarische Chance, muß parlamentarisch verhindert werden. Die KPD müßte gegen die Abschaffung der zuletzt beschlossenen Geschäftsordnung stimmen.

Diese Haltung wurde auch von der Kommunistischen Partei erwartet, insbesondere nachdem die „Pravda“ in dem angeführten Aufsatz gleichzeitig geschrieben hat: „Die Kommunisten, die einen konsequenten Kampf gegen die Regierung der Sozialdemokratie führten, haben keine Ursache, einen Vorschlag zu unterstützen, der eine beliebige Kombination des Landtags für die Bildung dieser oder jener Koalition mit den Faschisten, noch einer offenen faschistischen Regierung zuläßt. Die Kommunisten werden entschieden gegen alle bürgerlichen Regierungen kämpfen, sowohl gegen eine Regierung der verschleierten, wie gegen eine Regierung der offenen faschistischen Diktatur.“

Es ist deshalb bedauerlich, daß der in diesem Falle richtige und eindeutige Standpunkt der „Pravda“, der — bei der Abhängigkeit der kommunistischen Führung von der Führung der russischen kommunistischen

Partei, deren Meinung die „Prawda“ ja nur ausgesprochen hat — zugleich als Standpunkt der KPD zu erwarten war, scheinbar mittlerweile gekündert worden ist?

Denn die „Rote Fahne“ vom 19. Mai, die sich mit der Frage dieser Abstimmung beschäftigt, deutet an, daß die kommunistische Fraktion sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten würde. Sie sagt, nachdem sie sich zuerst über den „Wettstreit an Voraussetzungen“ über ihr Verhalten lustig macht, es sei „zu plump, wenn der „Vorwärts“ uns Kommunisten eine Hilfeleistung bei der Wahl eines Nazipräsidenten anhängen will. Es brauchten im neuen Landtag ja nur das Zentrum und die SPD sich neben der KPD der Stimme zu enthalten und kein nationalistischer Ministerpräsident könnte gewählt werden.“

Wenn es sich hierbei nicht um eine in der gegebenen Lage übel angebrachte Prozedur handelt, denn jeder Arbeiter weiß, daß Stimmhaltung der SPD und des Zentrums nicht zu erreichen ist, wenn damit gesagt sein soll, die Kommunisten werden sich der Stimme enthalten, so heißt das, daß die KPD wieder einmal drauf und dran wäre, dem Faschismus Vorschub zu leisten!

Wir verzichten darauf, zu untersuchen, welche Motive sie dazu bewegen könnten. Wir nehmen immer noch an, die KPD wird bei der großen Verantwortung, die auf ihr liegt, doch noch die richtige Entscheidung treffen.

Aber es ist doch nötig, für alle Fälle rechtzeitig die Argumentation zurückzuweisen, mit der die „Rote Fahne“ die Bedeutung dieser Abstimmung herabmindern will. Sie sagt: „Parlamentarische Abstimmungen sind untergeordnet. Entscheidend ist der außerparlamentarische Appell an die Massen. Die Mobilisierung gegen den faschistischen Terror und gegen die neuen sozialen Angriffe der kapitalistischen Klasse.“

Vollkommen richtig!

Auch die Abstimmung im preußischen Landtag, diese parlamentarische Abstimmung, kann nur der Gesamtaktion, die die Arbeiterklasse jetzt gegen den Faschismus zu führen hat, untergeordnet sein. Wichtiger als jede Parlamentsabstimmung, ist jeder wirklich wirksame außerparlamentarische Schritt!

Aber gerade weil der außerparlamentarische Appell nicht bloß sich im Gerede erschöpfen darf, sondern wirklich die Massen der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter zusammenführen soll, müssen die Kommunisten jetzt alles unterlassen, was sie daran hindert, das Ohr der sozialdemokratischen Arbeiter zu gewinnen.

Vor einem Monat noch hatte sich gezeigt, daß allein in Preußen mehr als 4 1/2 Millionen Wähler noch der Sozialdemokratie folgten. Diese 4 1/2 Millionen sind zu einem erheblichen Teil Arbeiter der entscheidenden Schichten des Proletariats. Der Schichten, die zu einer Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern gewonnen werden müssen, wenn der Faschismus geschlagen werden soll. Aber sie hätten am 24. April nicht für Braun und Severing gestimmt, wenn sie nicht noch an die Möglichkeit eines parlamentarischen sozialdemokratischen Widerstandes gegen den Faschismus glaubten. Sicherlich haben seit dem 24. April Teile dieser viereinhalb Millionen ihren Irrtum eingesehen. Niemand aber wird behaupten wollen, daß es heute schon ihre entscheidenden Teile sind. Dafür ist ein untrüglicher Beweis die Tatsache, daß die Einheitsfront bisher in ganz wenigen Ortsgruppen, in einigen Provinzgebieten zustande gekommen ist, und daß auch dort diese Einheitsfront nicht etwa auf dem Boden der kommunistischen Auffassungen zustande gekommen ist, sondern nur in einer Annäherung an sie, und gleichzeitig auch, weil die Kommunisten dort ihrerseits wenigstens teilweise ihre bisherigen Fehler zu korrigieren begonnen hatten.

Deshalb muß man heute wie vor einem Monat noch mit einer Zahl von sicher mindestens vier Millionen, vielleicht noch weit mehr mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Wählern rechnen, für deren Denken die parlamentarischen Entscheidungen im preußischen Landtag eine andere Bedeutung haben als für die kommunistischen Parteimitglieder und die kommunistischen Wähler.

Heißt das jetzt etwa wegen der faschistischen Drohung vor der Bankrotterklärung der Sozialdemokratie kapitulieren? Heißt das, „Braun und Severing tolerieren“, wie die Nazis, die die kommunistische Fraktion gern zum von ihr nicht gewollten Verbündeten haben möchten, höhnen?

Keineswegs!

Die kommunistische Fraktion hat die Möglichkeit, Forderungen an die Sozialdemokratie und das Zentrum zu stellen. Aber selbst dann, wenn sie darauf verzichtet, da die Annahme solcher Forderungen wenig Aussicht auf Erfolg hat — und gerade dann, wenn sie bedingungslos für die Beibehaltung der neuen Geschäftsordnung stimmt, kann sie zugleich in der klarsten Weise die Abrechnung mit der bisherigen

Der beleidigte Landgerichtsrat

Ein Kapitel sozialdemokratischer Personalpolitik

Ein Prozeß, der mitten in die sozialdemokratische Personalpolitik, deren geradezu katastrophaler Charakter sich jetzt mehr und mehr enthüllt, hineinführt, kam heute in Berlin zum Abrollen. Es handelt sich um die Beleidigungsklage, die der Präsident des Landgerichtsrats I, Soelling, gegen das „8-Uhr-Abendblatt“ angestrengt hat.

Dieser Mann hat von dem Rücken der sozialdemokratischen Arbeiter seine Karriere gemacht. Er war ein kleiner Richter, als er — es nahte gerade der November 1918 — sein Herz für den Sozialismus entdeckte. Ausgerüstet mit dem SPD-Parteiheft stieg er rasch in die Höhe, wurde Landgerichtsdirektor, später Kammergerichtsrat, als Hilfsarbeiter ins Justizministerium, Ministerialrat, um schließlich im Jahre 1929, als der bis dahin von einem unabsetzbaren Reaktionär innegehaltenen Posten eines Präsidenten beim Berliner Landgericht I frei wurde, als „republikaner“ dort zu landen. Nun würde sich wenigstens die Justizmachei beim Landgericht I zum Besseren wenden, so hoffte man. Pustekuchen! Soelling begann ganz in bester Richterform zu regieren. Er schürigte und kurantzte die Angestellten und richterlicher Untergebenen, als kommandierte er auf einem Kasernenhof — und als seine noch höher zielenden Hoffnungen nicht erfüllt wurden, dann wandte er, das Mitglied der SPD und der Deutschen Liga für Menschenrechte, für die er im Jahre 1924 die Flugschrift „Schwarzweißrote oder schwarzrotgoldene Aufwertung?“ verfaßt hatte, sich ganz rechts. Bei der Wahlbewegung zum schwarzweißroten Volksentscheid gegen die Preußenregierung vom August 1931 stellte sich der aktive Landgerichtspräsident mit seinem Kraftwagen als Werber gegen die Regierung zur Verfügung, besuchte eifrig alle Propagandakundgebungen und wurde im Sportpalast, wo Goebbels redete und er als SA-Mann verkleidet aufgetreten war, von einer Scheuerfrau aus Moabit erkannt. Ironie des Schicksals: Die Nazis, die den schlechtgetauften Juden irrtümlicherweise für einen Spitzel hielten, warfen ihn hinaus.

Wenig später vollzog Soelling, der bald nach den Septemberwahlen von 1930 den Austritt aus der SPD erklärt hatte, offiziell seinen Eintritt in die Hugenbergpartei.

Das „Acht-Uhr-Abendblatt“ hat damals, wie andere Blätter auch, einige — von Herrn Soelling als beleidigend empfundene — Tatsachen über dessen Person veröffentlicht und dabei erwähnt, daß Soelling ehemals den Namen Selgsohn geführt hatte. Deswegen und auch noch einiger anderer Äußerungen wegen hatte der hohe Richter Strafantrag gestellt.

Soelling tritt als Nebenkläger auf und ihm zur Seite steht als Anwalt der Rechtsanwalt Peterpaul Beloch, von dem Carl von Ossietzky einmal gesagt hat, er trage den Ehrensäbel der OC am Gebetsriemen seines Vaters — er ist gleichfalls ein getaufter Jude und hat ebenfalls den einen Stolz auf des „Königs Rock“, den er früher tragen durfte, öffentlich bekundet.

Im Auditorium nahm auch der sehr bekannte Senatspräsident im Oberverwaltungsgericht, Grützner, Platz, gleich Soelling eine der größten Personalkatastrophen der SPD.

Die Beweisaufnahme ergab zunächst die volle Richtigkeit der in dem Artikel des „Acht-Uhr-Abendblattes“ niedergelegten Behauptungen.

Soelling gab selbst zu, daß er an der Versammlung im Sportpalast teilgenommen habe, und daß er auch in der Art des Hitlergrüßes den Arm „etwas erhoben“ habe, wenn das nötig war. Ueber seinen Austritt aus der

SPD sagt er aus, daß ihm die Richterbetriebe des republikanischen Richterbundes nicht gepaßt hätte. Weiterhin habe er der Sozialdemokratischen Partei seit langem zum Vorwurf gemacht, daß sie in Wehrfragen, in der Frage der Arbeitsdienstpflicht und in der Entfernung ihres „ersten Programms“ alle seine Erwartungen enttäuscht habe.

Der Verteidiger des „Acht-Uhr-Abendblatt“-Redakteurs, Rechtsanwalt Dr. Klees, stellte einen Beweisantrag, in dem er die Ladung des Amtsgerichtsrats Hübblinghaus verlangte, eines der richterlichen Beisitzer im Sklarekprozeß, der bekunden werde, daß

aus der Wohnung des Soelling einmal vor kurzem bei ihm angerufen worden sei mit der Frage, ob er nicht geneigt wäre, der Deutschnationalen Partei beizutreten.

Hübblinghaus habe darauf einen Brief an Soelling gerichtet, in dem er um Aufklärung über die merkwürdige Telefonanfrage gebeten habe. Wenige Tage danach habe der Landgerichtspräsident Soelling den Sklarekprozeß inspiziert und nach aufgehobener Sitzung ihm, dem Amtsgerichtsrat Hübblinghaus gesagt: „Wissen Sie, um diese Dinge kümmere ich mich nicht, das ist Sache meiner Frau.“ Soelling gibt diesen Vorgang im wesentlichen zu und erklärt heute, daß er nicht wisse, ob seine Frau, die eifrig Wahlarbeit für die Deutschnationalen gemacht hätte, von ihrem beabsichtigten Anruf bei Hübblinghaus ihm vorher Mitteilung gemacht hätte.

Der Abg. Heilmann, Vorsitzender der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, sagt aus, daß Soelling ihn wiederholt um seine Protektion gebeten habe, daß er ihn schließlich aber habe abweisen müssen, da die Art, in der Soelling seine persönlichen finanziellen Interessen betrieb, ihn abgestoßen habe. Heilmann erklärt, daß Soelling von ihm verlangt habe, daß er sich bei Otto Braun dafür einsetzen soll, daß er die Stelle des Vorsitzenden im Disziplinargerichtshof bekommt. Darauf ruft Rechtsanwalt Beloch unter großer Heiterkeit:

„Heilmann war immer die Durchgangsstation für solche Sachen, anscheinend die richtige.“

Die weitere Zeugenerhebung verstärkt den Eindruck, daß Soelling einer jener ausgesprochenen Konjunkturpolitiker ist, wie deren so viele unter der Förderung der SPD Karriere machten.

Als letzter Zeuge wird Erzecke, der Betriebsrat im Landgericht war, vernommen. Dieser erklärt, von Soelling vorschriftswidrig entlassen worden zu sein. Seine Klage vor dem Arbeitsgericht habe er deshalb zurückgezogen, weil man ihm die Beweisanträge über das Verhalten des Landgerichtspräsidenten Soelling abgestritten habe und daß er deswegen ein Verfahren für aussichtslos hielt. Er erklärte, daß er deswegen entlassen worden sei, weil er über das Verhalten Soellings in der Sportpalastkundgebung in der Presse geschrieben habe.

1500 Mark Geldstrafe beantragt!

Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den verantwortlichen Redakteur des „Acht-Uhr-Abendblattes“, Dr. Hirsch, wegen übler Nachrede und öffentlicher Beleidigung des Landgerichtspräsidenten Soelling zu 1500 Mark Geldstrafe, ersatzweise 30 Tage Gefängnis. Der Staatsanwalt beantragte ferner für den beleidigten Landgerichtspräsidenten auf Publikationsbefugnis des Urteils im „Acht-Uhr-Abendblatt“, im „Vorwärts“ und im „Lokal-Anzeiger“ zu erkennen.

zwingen, einen Weg aufzugeben, der den Faschismus stärken muß, der die Arbeiterorganisationen weiter schädigen muß, der in dieser Situation in der kürzesten Frist zum vollen Siege der braunen Pest führen muß.

Es hängt nicht von der einen Abstimmung ab, und es wird nicht parlamentarisch entschieden, ob die Entwicklung diesen oder jenen Weg nimmt. Aber heute hängt gerade von dieser einen Abstimmung mehr als je für den Kampf der Klasse ab, für die Gesamtaktion, für die außerparlamentarische Front. Deshalb ist es unbrauchbares verwirrendes Gefackel, wenn die „Rote Fahne“ jetzt mit der Frage der Abstimmung vom 24. Mai spielt. Deshalb wäre es objektiv konterrevolutionär, wenn die KPD-Fraktion, sei es auch durch eine feige Enthaltung, dem Naziministerpräsidenten den Weg frei gäbe.

Wie die Justizpressestelle mitteilt, hat das Amtsgericht Köln im Haftprüfungstermin den Haftbefehl gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Baestlein aufgehoben. Baestlein war seinerzeit im Zusammenhang mit dem großen Sprengstoff-Diebstahl in Troisdorf verhaftet worden.

Polizei in öffentlichen politischen Versammlungen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Preußische Minister des Innern durch einen Rundschreiben vom 14. Mai 1932 alle Polizeibehörden darauf hingewiesen, daß auch nach dem Urteil des 3. Strafsenats des Reichsgerichts vom 28. April 1932 die Polizei bei allen unter die Bestimmungen des Vereinsgesetzes fallenden öffentlichen politischen Versammlungen den ungehinderten Zutritt von zwei Beauftragten ohne Zahlung eines Eintrittsgeldes und die Einräumung eines angemessenen Platzes an die Beauftragten verlangen kann. Wird diesem Verlangen nicht Folge gegeben, dann tritt zwar eine Strafbarkeit wie nach den früheren Bestimmungen des Reichvereinsgesetzes nicht ein, wohl aber kann die betreffende Versammlung aufgelöst werden.

Kommunistischer Antrag auf Reichstags-Einberufung abgelehnt

T.U. Berlin, 18. Mai 1932.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte bekanntlich den Antrag gestellt, den Reichstag zur Erledigung der noch ausstehenden Abstimmungen über die Mißtrauensanträge usw. für Donnerstag, den 19. d. Mts., einzuberufen. Wie wir erfahren, ist der kommunistischen Reichstagsfraktion jetzt vom Reichstagsbüro mitgeteilt worden, daß nach dessen Berechnungen hinter diesem Antrag nicht das für die Einberufung erforderliche Drittel der Zahl aller Reichstagsabgeordneten stehe, so daß der Antrag als abgelehnt gelten müsse.

Nach der Ermordung Dimitri Michailoffs

TU. Sofia, 18. Mai 1932

Die Polizei hat mehrere Verhaftungen vorgenommen, die aber noch keine Aufklärung gebracht haben. Gleichzeitig wird bekannt, daß auch auf andere angesehene Mitglieder des Nationalkomitees Anschläge geplant waren.

Die Erregung unter den Mazedoniern ist außerordentlich groß.

Die Zeitungen nehmen ausführlich zu der Mordtat Stellung und betonen, daß die Folgen unabsehbar sein können. Die Mehrzahl der Zeitungen stellt fest, daß die Mörder Michailoffs weniger die Person, als Präsidenten als die mazedonische Unabhängigkeitsbewegung und dadurch Bulgariens nationale Interessen treffen wollten. Damit wird angedeutet, daß die Urheber des Anschlags nicht ausschließlich in mazedonischen Kreisen zu suchen sind.

Aus einem Schweinestall

Der „Angriff“ des Abgeordneten Goebbels (wenn vom Schweinestall die Rede ist, kann nur der „Angriff“ gemeint sein) läßt sich aus Pritzwalk „eine interessante Geschichte“ berichten, die den Vorzug hat, noch lägenhafter und noch schmutziger zu sein als alles, was sonst aus der Goebbelschen Kloake zu fischen ist.

Der Kreisgeschäftsführer der Nazis in Pritzwalk, ein gewisser Nitz, hatte in öffentlicher Versammlung behauptet, unser Genosse Rosenfeld habe öffentlich die Zulassung des Geschlechtsverkehrs zwischen Geschwistern, zwischen Eltern und Kindern sowie zwischen Menschen und Tieren beantragt. Eine Strafanzeige, die Genosse Rosenfeld dieserhalb gegen Nitz erstattet habe, sei jedoch im letzten Augenblick vor der auf vergangenen Sonnabend angesetzten Verhandlung vor dem Pritzwalker Schöffengericht zurückgezogen worden.

Der „Angriff“ fügt der Meldung in einer Klammer die ebenso redaktionelle wie geistvolle Berührung hinzu: Kommentar überflüssig. Er schließt sich der lägenrischen Behauptung seines „Pg.“ hiermit ausdrücklich an.

Erlagen ist natürlich auch die Mitteilung, Genosse Rosenfeld habe die Beleidigungsklage zurückgezogen. Der Termin ist vielmehr auf den 21. Mai anberaumt. Des Verleumders Nitz wartet eine exemplarische Strafe und Genosse Rosenfeld wird jedenfalls auch dem verantwortlichen Redakteur des Sudelangriff: eine entsprechende Abreibung bezorgen. Dieser Vorkämpfer für öffentliche Sauberkeit bringt es nämlich fertig, eine der Äußerungen seines lebenswürdigen „Pg.“ Nitz, derentwegen er sich übrigens auch zu verantworten haben wird, folgendermaßen zu zitieren, wobei die böse Absicht noch durch die Faffung der Sentenz unterstrichen wird:

„Man dürfe diesen Juden Rosenfeld nicht einmal in den Schweinestall sperren, da er hier sogar die Schweine versauen würde.“

Das ist wohl das „deutsche Wesen“, an dem nun noch einmal die Welt genesen zu sollen scheint.

Christlicher Scheinradikalismus

Gegen Sozialabbau — Geschlossene Arbeiterfront

Im Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ schreibt das Vorstandsmitglied Baltrusch unter der Überschrift „Die christlichen Gewerkschaften gegen die Kürzungen in der Sozialversicherung“ unter anderem:

„Es kann nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, der gegenwärtigen Finanznot der Invalidenversicherung etwa durch einen Leistungsabbau begegnen zu wollen. Die durchschnittliche Invalidenrente beträgt etwa 1,83 Mark pro Monat, wird diese noch gekürzt, so müssen die Wohlfahrtsämter, d. h. die zum großen Teil verarmten Gemeinden, eingreifen. Eine Besserung der Lage ist nur durch Aenderung der Mittelaufbringung zu erreichen. Darum haben alle künftigen Maßnahmen unbedingt auf die Erhaltung des bisherigen Vermögens Rücksicht zu nehmen. Die Reichsregierung muß nunmehr baldigst einen Plan zur Reorganisation der Invalidenversicherung vorlegen. Ein solcher Plan muß aber mindestens die Wege öffnen, auf denen es der Versicherung möglichst gemacht wird, zum vollen Anwartschaftsdeckungsvorhaben von über zurückzukehren.“

Durch die notverordneten Lohnsenkungen und ganze Arbeitnehmergruppen zu Wohlstand verdienen gekommen, die unter 1,00 Mark wöchentlich liegen. Durch den Paragraph 17a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind solche Arbeitnehmer als geringfügig Beschäftigte versicherungsfrei. Damit fallen große Kreise junger und weiblicher Arbeitnehmer aus der Versicherungspflicht heraus, obwohl gerade in den Versicherungsschutz besonders nötig hätten. Wenn die Reichsregierung es juristisch nicht für möglich hielt, eine Aenderung dieser Bestimmung des Gesetzes in der angezogenen Notverordnung durchzuführen, dann muß sie aller Kürze einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen, um diesen Zustand zu beseitigen. Dringend muß davor gewarnt werden, etwa generell die Bedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenversicherung durchzuführen, wie es vielfach verlangt wird; denn dann haben wir schließlich nur noch eine Armenversicherung, die die Armen, ohne jeden Rechtsanspruch zu haben, selbst bezahlen müssen. Die neuen Pläne einzelner Ministerien die nicht zuständig sind, werden bei den Gewerkschaften auf schärfste auf Ablehnung stoßen. Es wird langsam Zeit, daß die Regierung ihr Schweigen aufgibt und nicht mehr zementiert, sondern sagt, was sie will.“

Soweit Baltrusch. Er stellt sich hier unmissender als er ist. Er weiß genau, was die ihm doch sehr nahestehende Regierung will, nämlich nichts anderes als das, was er an sich selbst auf „schärfste“ bekämpfen will, die rücksichtslosen Sozialabbau auf allen Gebieten. Wenn Baltrusch jetzt radikale Töne anschlägt, so deshalb, weil auch den christlichen Arbeitern der Gedulds-

faden reißt und sie langsam merken, wie sie von ihren „Führern“, ihren Gewerkschaftskollegen Brünning und Stegerwald an der Nase herumgeführt werden. Es ist doch gerade der christliche „Gewerkschafter“ Stegerwald, der in brutaler Form den Lohn- und Sozialabbau durchführt.

Diesem Unwillen der christlichen Arbeiter versucht Baltrusch mit seinen radikalen Worten zu befehlen und gleichzeitig für sich ein Alibi zu beschaffen, damit er, wenn der Sozialabbau doch durchgeführt wird, erklären kann: Seht, ich war dagegen. In Wirklichkeit ist Baltrusch als Reichtagsabgeordneter für allen Lohn- und Sozialabbau mitverantwortlich. Er ist noch mehr als die ADGB-Führer einer der besten Stützen der Brüning und Stegerwald und hat stets hinterher für die Notverordnungen gestimmt.

Deshalb gilt auch für die christlichen Arbeiter die Lösung: Schluß mit den demagogischen Führern und Brüningpolitikern. Einheitliche Kampffront mit den übrigen Arbeitern gegen Lohn- und Sozialabbau, gegen Brüning und Faschismus.

Steinsetzer bleibt fest!

Entsprechend ihrem Ultimatumschluß traten die Berliner Steinsetzer am Sonnabend, dem 14. Mai, geschlossen in den Streik, um den im Schiedsgericht festgelegten Lohnabbau von 33 bis 35 Pfennig pro Stunde abzuwehren.

Ihr entschlossener Kampf hat bis jetzt schon den Erfolg, daß 12 Betriebe sich bereit erklärten, die alten Löhne weiterzuzahlen.

In dieser Situation, wo alle Aussichten auf vollen Streikerfolg bestehen, muß — selbstverständlich — der „unparteiische“ Schlichter den Unternehmern beibringen. Diese haben nämlich die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Darüber sollen nun heute Donnerstag Verhandlungen vor dem Schlichter stattfinden. Es droht also die Gefahr, daß der Streik durch Verbindlichkeitsklärung abgewürgt und so der unerhörte Lohnabbau den Steinsetzern aufgezwungen werden soll.

Das müssen die Steinsetzer unter allen Umständen verhindern.

Auch wenn der Schiedspruch für verbindlich erklärt wird, müssen sie seine Anerkennung ablehnen und den Streik trotzdem weiterführen. Sie dürfen sich in der für Freitag vormittag festgesetzten Versammlung durch keinerlei Redensarten über „Gesetzlichkeit“ und „Konsequenzen“ davon abbringen lassen, sondern unter Umständen auch ohne ausdrückliche Verbandsanktion Mittel und Wege zum Weiterkampf finden. Bleiben sie geschlossen im Kampf, dann kann sie keine Macht zur Anerkennung dieses Lohnraubes zwingen.

Vorstoß der Bauarbeiter-Opposition in Nürnberg

In der Bauarbeiter-Bezirksversammlung Nürnberg gab Kollege Ziegler Bericht von den Lohnverhandlungen. Die Löhne der Maurer sollen von 1,16 RM. auf 96 Pfennige zurückgehen, die der Bauführerarbeiten auf 72 Pfennige. Das sind 17 Prozent Abbau. Ziegler erklärte, daß zu diesen Plänen weiter nichts zu sagen wäre. Es sei klar, der Schiedspruch muß abgelehnt werden, was durch die Vorstandschaft bereits geschehen sei.

In der Diskussion wandte sich unser Genosse Müller in scharfen Worten dagegen, daß man die Einladung nur in der „Fränkischen Tagespost“ (SPD-Organ D. B.) ausschrieb. Es wundert ihn nicht, wenn von rund 2000 organisierten Maurern nur 47 anwesend sind. Er verlangt, daß künftig durch Handzettel eingeladen wird, wie es bisher üblich war. Dann wandte sich Genosse Müller dem Referenten zu. Es ist endlich an der Zeit, die Arbeiterschaft aus der geradezu grauenhaften Lage zu befreien. Nicht durch ewiges Tolerieren des Klassengegners, sondern durch konsequente Arbeiterpolitik. Der letzte Kongreß des ADGB hat vollständig hilflos der heutigen Lage gegenüber gestanden. Sein Ergebnis waren lahme Mahn- und Bettelbriefe an die heutigen Machthaber. Müller forderte die anwesenden Kollegen auf, die Forderungen der Unternehmer mit dem Streik zu beantworten.

Genosse Müller wurde unterstützt von den Genossen der KPD, die ebenfalls einen Antrag gegen die Tolerierungspolitik der verantwortlichen Gewerkschaftsführer einbrachten, während Kollege Merkel für den Schiedspruch eintrat, weil er auch seine Lichtseiten habe und wir bis 1933 vor jedem weiteren Lohnabbau Ruhe hätten. Merkel mußte unter dem Protest der empörten Bauarbeiter schleunigst abtreten.

Im Schlußwort versuchte Ziegler die Vorwürfe gegen den Vorstand zu entkräften, was ihm nicht gelang. Es kam dann zur Abstimmung über den von Gen. Müller eingebrachten Antrag, trotzdem der Vorsitzende dies zu verhindern suchte, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Dann schloß Ziegler die Versammlung.

Nun liegt es an unseren Genossen, in den nächsten Veranstaltungen des Baugewerksbundes so weiterzuarbeiten, daß die Meinung der Mitglieder bis zu den obersten Instanzen dringt.

Lohnabbau von 1,35 auf 0,90 RM

Die Unternehmer im Berliner Klempner- und Rohrlegergewerbe haben den Tarif gekündigt und fordern Abbau der Löhne von 1,35 M. auf 90 Pf. die Stunde. Die Unternehmer glauben hier mit größter Brutalität die große Arbeitslosigkeit und die Zerrissenheit der Arbeiter aus-

nützen zu können. Die „Rote Fahne“ fordert demgegenüber Kampfverbreitung auf der Grundlage von sogenannten Kampfausschlüssen. Die Erfahrung lehrt aber, daß gerade diese Taktik zur Zersplitterung der früher geschlossenen gewerkschaftlichen Front der Rohrieger und damit auch zur Verschlechterung ihrer Lage geführt hat. Daraus müssen die Kollegen die Lehre ziehen, indem sie sich wieder geschlossen dem DMV einreihen und dort durchsetzen, daß ein einheitlicher entschlossener Abwehrkampf geführt wird.

Leitergerüstbauer-Streik

Auf Grund des Beschlusses einer nichtfrei-gewerkschaftlichen Versammlung, in der aber Angehörige des freigew. Gesamtverbandes und Anhänger der RGO von 23 Firmen vertreten waren, traten am Mittwoch die Berliner Leitergerüstbauer in den Streik, der nach der „RF“ geschlossen durchgeführt worden sei. Der Streik richtet sich gegen einen Lohnabbau von 15 Pfennig. Schon durch die letzte Notverordnung sind die Löhne von 1,65 auf 1,35 M. gekürzt worden.

DMV-Wittenberg der Opposition verloren

Eine Folge falscher KPO-Taktik

In der DMV-Verwaltungsstelle Wittenberg (Mitteldeutschland) bestand seit vielen Jahren eine oppositionelle Mehrheit. Durch die nach 1928 einsetzende RGO-Politik drohte diese Mehrheit verlorenzugehen. Aber durch eine gute Arbeit der KPO-Genossen wurde das verhindert. Es gelang bis Januar d. J. eine in ihrer großen Mehrheit aus oppositionellen Genossen bestehende Ortsverwaltung zu halten, indem die KPDO-Genossen mit linksstehenden SPD-Kollegen zusammengingen. Doch infolge der bekannten Aenderung der Taktik durch die KPDO-Mehrheit in der Richtung „Einheitsfront mit der RGO“ wurde bei der OV-Neuwahl im Januar d. J. von der bisherigen Methode abgewichen mit dem Ergebnis, daß drei Listen zur Wahl gestellt wurden, wobei die RGO die meisten (109) Stimmen auf sich vereinigte, die SPD erhielt 85, während die KPDO mit nur 35 Stimmen gänzlich abfiel.

Die RGO-Ortsverwaltung wurde jedoch vom Vorstand nicht bestätigt. So fand vor kurzem eine Neuwahl statt. Die KPDO beteiligte sich überhaupt nicht an der Abstimmung. Die SPD-Liste erhielt wieder 85, die RGO aber nur 51 Stimmen. Damit ist die Verwaltung dank der ultralinken RGO- und der falschen KPDO-Taktik den Reformisten ausgeliefert. Ein warnendes Beispiel für alle oppositionellen Gewerkschafter.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsges., m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Staatstheater
Theater u. d. Linden
Freitag, 20. Mai
8 Uhr:
Die Hugenotten

Volksbühne
Theater u. d. Linden
Freitag, 20. Mai
8 1/2 Uhr:
Der Hugenotten

Rose-Theater
Grosze Frankfurter Str. 132
Freitag, 20. Mai
8.30 Uhr:
Die Hugenotten

Werbt für die SAZ

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstr. 127
Tonfilm-Tageskino
Der schönste Mann im Staate
mit Siegfried Arno und Lilian Harvey in
2 Herzen und 1 Schlag
Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Tom Keyne
Der König der Steppe
und
Eine Nacht im Paradies
mit Anny Ondra

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
2 in einem Auto
mit Magda Schneider, Richard Romanowky, Karl Ludwig Diehl,
ein lustiger Reifeilm
Coan Crawford in
Irrwege des Lebens
3 Uhr große Jugendvorstellung
(Sonntags) 6.30 und 9 Uhr.

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Mariene Dietrich, Anna May Wong im
Shanghai-Express
auf der Bühne:
Die große Kapelle: Ruth und ihre Jazzboys

M * I * L * A Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Das erste und größte Kino in Berlin
eine Woche Richard Taubers neuester, sensationeller Tonfilm-Erfolg:
„Melodie der Liebe“
mit Lien Deyers, Szöke Székely
Auf der Bühne:
Gastspiel **Wilhelm Bendow** in seiner lustigen Szene **Reise-Erlebnisse** in Wort und Bild

Das Hauptwerk des Historikers Pokrowski
Wir bieten den Genossen an:
M. Pokrowski
Geschichte Russlands
von seiner Entstehung bis zur neuesten Zeit
Einzig autorisierte Uebersetzung von **Alexandra Ramm**.
Ein marxistisches, weitgehendes Monumentalwerk, das in klarer, jedem Proletarier leichtverständlicher Form die Klassenkämpfe in Rußland bis zum Siege der Oktoberrevolution schildert.
Das 629 Seiten starke, in Leinen gebundene Werk offerieren wir den Lesern der „SAZ“ für nur 8 Mark (statt zwanzig Mark). Neu, in Schutzkarton, soweit Vorrat vorhanden! Bei Vorauszahlung portofrei! Bestellungen richte man an die
Verlagsbuchhandlung „DIE AKTION“
Bln.-Wilmerd., Nassauische Str. 17
(Postcheckkonto: Nr. 106206 Berlin)

Werbt Abonnement!
Großer Preisabbau!
Billig wie noch nie!
3 Netto!
Oberhell ... Mk. 9.00, 10.-, 12.-
Nissen ... 2.55, 2.05, 3.50
rot, türkisch, Mohr.
Stoppdecken ... Mk. 19.50
Daunendecken ... 52.-
Wander-, Wochenend-Decken
in allen Preislagen
Bettfedern
und Daunen zu den bekannten billigen Preisen
Bei Einkauf Gratsreinigung!
Böhm. Bettfedern-Spezialhaus
Sachsel & Stadler
Berlin C 489
Landsberger Straße 43-45
Nähe Alexanderplatz
SAP-Mitglieder 5% Labatt
in Groß-Berlin Fahrgelderstattung

Kampfsignal heute neu!